Der Lokstedter

Mitteilungen aus dem SPD-Distrikt Lokstedt – Nummer 217

Mitgliederversammlung in Schnelsen

Nach dem gelungenen Auftakt in Stellingen geht unsere gemeinsame Veranstaltungsreihe mit Stellingen, Schnelsen, Niendorf und Eidelstedt »Den Wandel verstehen – die Zukunft gestalten« weiter.
Am **18. Januar** wird der Schnelsener Distrikt den Fokus auf die Veränderungen der Arbeitswelt lenken. Unter dem Titel »Schöne neue Arbeitswelt« soll es um die Auswirkungen der Globalisierung auf den Arbeitsmarkt gehen, insbesondere um neue Machtverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, den Wechsel von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft, die Sorge vor der Arbeitsplatzkonkurrenz durch Billiglohnländer und viel weitere Aspekte. Wir knüpfen also an vielen Punkten an, die Olaf Scholz und Frank Teichmüller bereits in Stellingen angesprochen haben. Mir blieb besonders Frank Teichmüllers Satz im Kopf. Er sagte: „Wir können nicht billiger werden; wir müssen besser werden.“
Das Hauptaugenmerk soll dabei der Betrachtung des Arbeitsmarkts auf Hamburg liegen. Als Experten konnten Thomas Mirow und Dr. Susanne Heeg von der Universität Hamburg (Institut für Wirtschaftsgeographie) gewonnen werden.

<u>Wo:</u> TuS Germania Schnelsen Königskinderweg 67 (Bushaltestelle Eisenhansweg, Bus 191)
<u>Wann:</u> 18.1.2005 ab 20 Uhr (bis ca. 22.30 Uhr)

<u>Wie kommen wir aus Lokstedt dahin:</u> Mit dem Bus 5 z. B. ab Brunsberg 19:19 Uhr nach U Niendorf Markt (Ankunft 19:28 Uhr), von dort (19:30 Ank.Bereich) weiter mit dem Bus 191 *Grothwisch zum* Eisenhansweg (19:49 Uhr).

Ein Licht im Dunkeln der Juso-Welt

Seit September 2004 gibt es in Hamburg das »JUSO-Forum«. Gegründet wurde es von Genossinnen und Genossen aus den Kreisen Nord, Eimsbüttel, Altona und Bergedorf, denen die Grabenkämpfe zwischen

„rechten“und „linken“ Hamburger Jusos nicht mehr tragbar erschienen. Das Juso-Forum versteht sich als Plattform für alle Hamburger Jusos, die aus einer konstruktiv-kritischen Grundhaltung heraus Politik mitgestalten wollen. Ziel des Juso-Forums ist unter anderem eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Jusos und Juso-Gruppen in ganz Hamburg.
Deshalb treffen wir uns jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr jeweils in verschiedenen Stadtteilen. Dabei wird vor allem über aktuelle politische Geschehnisse diskutiert.
Zur ergebnisorientierten Meinungsfindung werden dabei regelmäßig Referenten aus der Partei, aber auch aus anderen Organisationen eingeladen.
Bisheriges Highlight war am 02.12.2004 der Besuch unseres neuen Landesvorsitzenden Dr. Mathias Petersen im Kreishaus Eimsbüttel. Neben dem persönlichen Kennenlernen berichtete er uns fundiert über seine Ideen, wie wir den Kampf ums Rathaus 2008 gewinnen könnten. Inhaltlich war dies vor allem verknüpft mit (Rückbesinnung zu) „sozialer Gerechtigkeit“, „Bürgernähe“, „Glaubwürdigkeit“ und „Engagement“. Ideen, die wir wohl alle teilen und bei denen die SPD Hamburg auf uns als Juso-Forum zählen kann.
Weitere Infos über uns sowie die nächsten Termine findet ihr unter www.jusoforum.de. Interessierte Genossinnen und Genossen aber auch (Noch)Nicht-Jusos sind jederzeit herzlich willkommen.
Auf gar keinen Fall solltet ihr unsere nächste Veranstaltung am 31. Januar 2005 um 19:30 Uhr im SPD-Kreishaus Eimsbüttel, Grindelberg 59 (Nähe U-Bahn Hoheluftbrücke) verpassen:„Gerechtigkeit in der Globalisierungsfalle“.
Referent wird Harald Schumann sein. Er ist Autor des internationalen Bestsellers „Die Globalisierungsfalle“.

Daniel Dettmann, SPD-Niendorf

Müntefering über die Reformpolitik

Am 5. Oktober letzten Jahres hat unser Parteivorsitzender Franz Müntefering vor dem Wirtschaftsforum Hamburg e.V. über die Pläne der SPD für die Modernisierung Deutschlands gesprochen. Darüber wollen wir auf unserer nächsten Vorstandssitzung am 1. Februar diskutieren. Deshalb drucken wir einige Passagen aus der Rede ab. Wer den vollständigen Text haben möchte, bitte Nachricht an 040/56008909 oder ErnstChristian.Schuett@t-online.de.

»Reformen sind gut, aber sie sind kein Selbstzweck. Die Rigorosität von Reformen ist auch kein Beweis für deren Qualität, sondern man muss ein Ziel haben, wohin die Reise gehen soll. Das Ziel in Kürze beschrieben, lautet:

Wohlstand für alle, auf hohem Niveau. Soziale Gerechtigkeit dauerhaft und auf hohem Niveau. Das gilt also nicht nur heute, sondern auch für die kommenden Generationen. Was wollen wir? Das will ich an mehreren Punkten beschreiben, die mir persönlich ganz wichtig sind.
Erstens: Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Menschen. Das steht ganz im Mittelpunkt dessen, was wir uns vorgenommen haben. Nicht nur wegen des Anspruchs des Einzelnen, sondern auch, weil die Gesellschaft das Können, das Wissen, die Kreativität der Menschen braucht.
Wie ist die Realität: 10 bis 15 % der jungen Menschen kommen ohne Abschluss aus der Schule. Die Tendenz ist steigend. Das betrifft Ausländer- und Aussiedlerfamilien, aber auch deutsche Familien. Der Bund hat 4 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt für die Ganztags-Grundschulen. Wenn wir diese 4 Mrd. an die Rentenkasse gegeben hätten, hätten wir uns manchen Ärger ersparen können. Ich sage trotzdem den Großvätern und Großmüttern, wir haben das Geld nur einmal, seid bitte damit einverstanden, dass wir es euren Kindern und Enkelkindern geben… Noch etwas zur Chancengleichheit: 75 % der Kinder aus Akademikerfamilien landen auf der Universität, nur 20 % der Kinder aus Arbeiterfamilien. Da kann ich als Sozialdemokrat gar nicht mit zufrieden sein.
Zweiter Punkt: Die Ausbildung. Unser Ziel ist es, in diesem Jahr dafür zu sorgen, dass keine junge Frau und kein junger Mann von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit kommt. Wer 25 Jahre alt wird und nie in seinem Leben sich anstrengen musste – aufstehen, hingehen, auch wenn du keine Lust hast, dazuzulernen, Prüfungen machen – der ist irgendwann für den Arbeitsmarkt verloren. Und das sind Sozialhilfekarrieren in die diese jungen Menschen hineinfallen. Es klingt böse, ist aber nicht so gemeint: Die Kinder, die aus diesen Familien kommen, sind schon wieder die Benachteiligten. Das, was wir jetzt mit Hartz IV machen, hat ja auch folgenden Aspekt: Es gibt in Deutschland eine Million erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger, mit Familienangehörigen sind das ungefähr 1,3 Millionen. Davon sind ca. 600.000 bis 700.000 bei der Bundesagentur, beim Arbeitsamt nicht als erwerbsfähig gemeldet. Anders ausgedrückt, es kommen noch 600.000 – 700.000 Menschen hinzu, die bisher keinen Impuls haben, etwas zu verändern und die von niemand zu irgendwas gedrängt wurden. Das müssen wir jetzt beenden. Es ist wichtig, dass wir diese Menschen aus der Vergessenheit herausholen und sie an die Lebenswirklichkeit, an das Arbeiten wieder heran führen. Das gibt auch Ärger, aber es ist richtig. Es kann nicht sein, dass die, die morgens um 7.00 Uhr losgehen, um zu arbeiten und die Steuern zahlen, mit sowenig mehr nach Hause kommen, als die, die zu Hause sind. Ich will da überhaupt nicht moralisch richten, sondern das einfach festhalten. Das ist die Lebenswirklichkeit in Deutschland. Wir müssen mit dem Arbeitslosengeld II erreichen, dass wir erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger wieder an den Arbeitsmarkt heranführen und ihnen auch eine Chance geben, dazu zu lernen, um irgendwann hoffentlich wieder Arbeit zu bekommen. Damit ist auch ein gewisses Maß an Zumutung verbunden, aber das muss sein.

Natürlich hat die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auch andere Aspekte. Ein Aspekt ist, dass diejenigen, die heute Arbeitslosenhilfe bekommen, in Zukunft, wenn in ihren Familien – Bedarfsgemeinschaft nennt man das – ausreichend Einkommen ist, nicht noch zusätzlich Arbeitslosengeld II bekommen. Das wird uns Ärger machen. Dabei handelt es sich um ungefähr 200 bis 300 000 Menschen. Bisher gab es in diesen Fällen einen Rechtsanspruch und er wurde auch realisiert. Das kann so nicht bleiben.
Wenn in einer Bedarfsgemeinschaft der eine einen guten Job hat und der andere hat keinen mehr – und der hat Arbeitslosengeld bekommen für die Zeit, für die er Anspruch hatte –, dann wird er kein Arbeitslosengeld II mehr bekommen, weil in der Familie genügend Geld ist. Das Geld, was gespart wird, wird an die Kommunen gegeben, damit sie es investieren und damit Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen nämlich – das ist mein dritter Punkt – dafür sorgen, dass die Investitionskraft der Städte und Gemeinden wieder steigt. Die war in der Zeit 1991 bis ca. 1994 um ungefähr 15 Mrd. höher als heute. Zug um Zug ist das zurückgegangen. Und die schlichte Wahrheit ist, dass Deutschland heute, wenn nicht auf Pump, so zumindest auch von der Substanz lebt. Und jeder kennt es, dass Straßen, Wege und Häuser, wo die öffentliche Hand zuständig ist, dringend Reparatur und Modernisierung bräuchten. Wir wollen einen Teil des Geldes, das wir aus Hartz IV erzielen, nutzen und es für solche Investitionen einsetzen.
Wir möchten in diesen Jahren bis 2010 auch erreichen, dass aufgehört wird in Deutschland, die 50- und 55-Jährigen für alt und für nicht mehr brauchbar für das Berufsleben zu erklären. Und das Zweite ist: Wir setzen das faktische Renteneintrittsalter hoch – auf 63 Jahre. Ich war dagegen, die 65 auf 67 Jahre zu erhöhen. Was wir zunächst machen müssen, ist das faktische Rentenalter anzuheben. Das Alter, in dem die Menschen wirklich aufhören können.
Wir leben heute im Schnitt zehn Jahre länger als Menschen, die 1960 so alt waren wie wir. Diese 38 Lebensarbeitsjahre stehen in einem seltsamen Widerspruch zur Verlängerung der Lebenszeit – wir leben länger und arbeiten kürzer.1960 wurden 9,9 Jahre lang Renten gezahlt, heute 17,9 Jahre. Und im Jahre 2025 werden es 20 Jahre sein.
Zehn Jahre weniger Arbeit, zehn Jahre weniger Renten zahlen, was heißt das eigentlich? 1980 kamen auf einen Rentner vier Beschäftigte, 2020 auf einen Rentner zwei Beschäftigte. Die Frage ist doch: Ist die Rente dann halb so hoch oder die Rentenversicherungsbeiträge doppelt so hoch oder haben wir dann so viel Prosperität, dass wir uns in der Zwischenzeit herausarbeiten können? Die Zeit, die wir da vor uns haben, ist kurz. Wenn man sich diese Parameter klar macht, ist es überhaupt keine Frage, wir müssen schnell handeln, und zwar so, dass das zwischen den Generationen vernünftig ausgeglichen ist. Ich sage hier ganz klar, wenn wir Geld hätten zum Verteilen – was wir nicht haben – ich wäre dafür, es Familien mit heranwachsenden Kindern zu geben. Das sind die, die es von allen am dringendsten brauchen.
Deutschland wird seinen Wohlstand nur halten, wenn wir es schaffen, dass Europa eine Wirtschafts-, Finanz- und Wohlstandsregion bleibt, die sich

beweisen kann gegenüber anderen großen Regionen dieser Welt. China hat mit seinen 1,4 Mrd. Menschen eine dreimal so große Bevölkerung wie Europa jetzt. Oder nehmen wir Indien: Über eine Milliarde Menschen, oder den amerikanische Raum – nicht nur die USA – sondern den ganzen amerikanischen Kontinent, oder den asiatischen Bereich.
Wir wollen weg von der Mentalität, dass wenn jemand arbeitslos wird, seine Existenz gesichert wird, und er sich nicht bewegen „darf“, er „darf“ nichts tun dafür. Das war die Denke. Es soll jetzt anders sein: Wenn einer in die Situation kommt, bekommt er Geld zum Leben, aber er muss möglichst auch selbst etwas dazu tun. Schwierig, weil man das für andere entscheiden muss, die eigentlich natürlich auch einen schönen Job haben möchten, der für sie befriedigend ist. Aber wir können nicht allen diesen Job geben.
Wir müssen Prioritäten setzen in einer Gesellschaft unserer Größe, die ja nicht wächst. In den nächsten Jahren haben wir andere Prioritäten, als die Fortführung der Eigenheimzulage.
Ich will noch ein paar Worte sagen zu der Debatte um den Föderalismus, um die bundesstaatliche Ordnung. Ich glaube, wenn wir das Land modernisieren und erneuern, können wir das nicht, ohne das sich in diesem Zusammenhang das eine oder andere in Bewegung setzt.
Es ist einmal höchst unerfreulich, dass heute etwa zwei Drittel der Gesetze im Bundesrat zustimmungspflichtig sind, und dass damit keiner weiß, wer hier eigentlich noch etwas zu sagen hat. Viele Menschen in Deutschland verstehen nicht mehr, was stattfindet. Die Menschen fragen sich, warum sollen sie noch wählen gehen, wenn sowieso nichts bewirkt wird, wenn dann sowieso alles immer 1:1 steht bei uns im Land.
Es ist auch für die Handlungsfähigkeit des Landes eine üble Geschichte. Deshalb sind wir dabei zu prüfen, ob wir da vielleicht Wege finden können, wie wir bestimmte Kompetenzen auf die Länder, bestimmte Kompetenzen auf den Bund ausrichten können und ihnen dafür jeweils die ausschließliche Zuständigkeit geben. Es gibt schon bisher Zuständigkeiten des Bundes und es gibt konkurrierende Gesetzgebungen von Bund und Ländern. Alles, was nicht aufgeschrieben ist, liegt bei den Ländern. Und daraus entstehen diese Komplikationen. Wir müssen unsere nationale Interessenvertretung wahren, sonst können wir nicht bestehen. Daher ist diese Neuordnung so wichtig. Da geht es um Gemeinschaftsaufgaben.
Wir als deutsche Sozialdemokratie nehmen die soziale Dimension der Demokratie ernst und wir wollen auch in der Zukunft, das was im Grundgesetz steht, realisieren. Im Art. 20 des Grundgesetzes steht: Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, das ist uns aufgegeben. Bundesstaat, wir sind kein zentralistischer Staat, dann hätten wir keine föderalen Strukturen, wir sind auch kein Staatenbund, da hätten wir keine Bundesländer sondern separate Vereinigungen oder eine Holding. Sondern wir wollen demokratischer und sozialer Bundesstaat sein. Daran wollen wir arbeiten. Mit der nötigen Zuversicht, die wir brauchen.«

Anstehende Termine

18. Januar (Dienstag)
20 Uhr Schöne neue Arbeitswelt?! (Mitgliederversammlung mit den Nachbardistrikten)
Gäste: Thomas Mirow & Susanne Heeg (Universität Hamburg)
Ort: Schnelsen Klubhaus TuS Germania Schnelsen Königskinderweg 67 (Bus 191, Eisenhansweg)

1. Februar (Dienstag)
19.30 Uhr SPD-Lokstedt Vorstandssitzung – natürlich parteiöffentlich
Ort: »Zum Lokstedter«, Döhrntwiete 2

8. Februar, (Dienstag)
19.30 Uhr Sicherung der solidarischen Gesundheitsvorsorge – aber wie? (Mitgliederversammlung mit den Nachbardistrikten)
Gäste: Niels Annen (SPD-Parteivorstand) & Günter Ploss (Leiter d. Landesvertretung der Verbände d. Ersatzkassen VdAK/AEV)
Ort: Lokstedt Bürgerhaus Lenzsiedlung Julius-Vosseler-Straße 193
(U2, Station Lutterothstraße)

1. März (Dienstag)
19.30 Uhr SPD-Lokstedt Mitgliederversammlung
Ties Rabe (Landesgeschäftsführer und Kreisvorsitzender Bergedorf) kommt zu uns nach Lokstedt und wird uns den Leitantrag zum Landesparteitag am 5. März vorstellen. Er wird auch etwas zur Neumitgliederkampagne erzählen, für die ebenfalls am 5. März der Startschuss fällt. Dazu sind auch Mitglieder aus den Nachbardistrikten eingeladen. Der Ort steht noch nicht fest.

xx. 03. Globalisierung 2010 Niendorf

xx.04. Draußen vor der Tür – Armut in Deutschland Eidelstedt

xx. 05. Den Wandel verstehen – die Zukunft gestalten
Kreishaus der SPD Eimsbüttel; Grindelberg 59 (U-Bahn Hoheluftbrücke)

19. November (Sonnabend)
15.30 Uhr Veranstaltung mit Michael Neumann, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft, mit Jubilarehrung **im Vereinshaus des Kleingartenvereins Maiglöckchen in der Emil-Andresen-Straße**